

DIE APOTHEKEN IN DER KRISE – EINE PROBLEMANALYSE EIN JAHR VOR DER BUNDESTAGSWAHL

ABDA-Präsidentin Gabriele Regina Overwiening
Pressekonferenz zum Deutschen Apothekertag | München, 8. Oktober 2024

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Auftakt des Deutschen Apothekertages 2024 begrüße ich Sie ganz herzlich im Presseclub München. Wenige Kilometer von hier entfernt werden auf dem Messegelände ab morgen mehr als 300 Delegierte in der Hauptversammlung der deutschen Apothekerinnen und Apotheker aus allen Teilen Deutschlands über die Herausforderungen der Arzneimittelversorgung und der Berufsausübung diskutieren.

In unserem „Apotheker-Parlament“ werden wir auch Bilanz ziehen, was sich seit Beginn der aktuellen Legislaturperiode in der Gesundheitspolitik getan hat. Vor ziemlich genau drei Jahren – am 26. September 2021 – fand die Bundestagswahl statt, die uns eine Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP beschert hat. Der damals aufgestellte Koalitionsvertrag, der unter dem Motto „Mehr Fortschritt wagen“ steht, hatte sich im gesundheitspolitischen Bereich zum Ziel gesetzt, für eine bessere Versorgung von Patientinnen und Patienten zu sorgen – natürlich auch im ambulanten Gesundheitswesen, zu dem die Apotheken gehören. Ob dieses Ziel erreicht wird, daran muss sich die Bundesregierung nun messen lassen. Denn die nächste Bundestagswahl ist schon für den 28. September 2025 terminiert und findet somit ziemlich genau in einem Jahr statt. Ein Jahr, in dem politisch gewollte Reformen möglicherweise noch realisiert werden können.

Meine Damen und Herren,

aus Sicht der Apothekerinnen und Apotheker gilt es deshalb gerade jetzt, eine Bilanz von drei Jahren Ampel mit Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zu ziehen. Im Koalitionsvertrag hatten sich die drei Ampel-Parteien viel vorgenommen für den Apothekenbereich: Beispielsweise eine Novellierung des Apothekenstärkungsgesetzes, eine bessere Vergütung der pharmazeutischen Dienstleistungen und die Bildung eines „Sicherstellungsfonds“ für Apotheken. Die Arzneimittel-Lieferengpässe wollten SPD, Grüne und FDP laut Koalitionsvertrag „entschieden“ bekämpfen und die Versorgung sicherstellen. Um diese Aussagen zu überprüfen, haben wir uns die wichtigsten Zahlen, Daten und Fakten aus der Arzneimittelversorgung der vergangenen drei Jahre angeschaut – und sie machen nicht hoffnungsvoll.

Eine wichtige Kennzahl der Arzneimittelversorgung ist die Anzahl der öffentlichen Apotheken. Vor drei Jahren – im Jahr 2021 – lag ihre Zahl bei 18.461. Im ersten Halbjahr 2024 können wir nur noch 17.288 Apotheken zählen. Das bedeutet einen Verlust von 1.173 Apotheken oder 6,4 Prozent seit Beginn der Legislaturperiode. Die Apothekendichte pro Einwohner ist in Deutschland im europäischen Vergleich sowieso schon niedrig: Während im EU-Durchschnitt 32 Apotheken 100.000 Menschen versorgen, sind es in Deutschland nur noch knapp 21. Und durch die rasanten Rückgänge der vergangenen Jahre müssen mehr Menschen immer weitere Wege zur nächsten Apotheke gehen oder fahren. Auch die Beschäftigtenzahl in den öffentlichen Apotheken sinkt von knapp 160.000 im Jahr 2021 auf unter 157.000 im Jahr 2023. Viele Beschäftigte von Apotheken, die schließen mussten, arbeiten nun in anderen Apotheken, aber viele sind offenbar auch in den Ruhestand gegangen oder haben in ganz andere Arbeitsbereiche gewechselt.

Erschreckend ist auch die Zahl der Apotheken-Neugründungen: Im vergangenen Jahr gab es nur noch 62 neue Apotheken. Zum Vergleich: Vor etwa zehn Jahren – also im Jahr 2012 - hatte es noch mehr als 180 neu gegründete Betriebsstätten pro Jahr gegeben. Diese Zahlen sprechen für sich. Es wird einfach immer unattraktiver für junge Pharmazeutinnen und Pharmazeuten in einer Apotheke zu arbeiten, aber auch neue Apotheken zu gründen. Bei einer immer älteren und potenziell kränker werdenden Bevölkerung, die in den kommenden Jahren eher mehr als weniger Beratung und Therapiebegleitung benötigt, ist das beängstigend!

Zu den Fakten gehört auch das betriebswirtschaftliche Ergebnis einer Apotheke. Der Durchschnittswert kann zwar die volle Spreizung und Vielfalt aller Apotheken nicht abbilden, aber er zeigt naturgemäß den Trend auf. Das steuerliche Betriebsergebnis einer durchschnittlichen Apotheke – also vor den persönlichen Steuern, vor der privaten Altersvorsorge und vor den Investitionsaufwendungen des Inhabers oder der Inhaberin – ist zuletzt von 160.000 Euro im Jahr 2022 auf 148.000 Euro im Jahr 2023 gesunken. Das sind 7,5 Prozent weniger Betriebsergebnis – und das ist der nominale Wert, also ohne die Inflationsrate von 2023 einzuberechnen! Schaut man sich die Zahlen genauer an, wird klar, dass die steigenden Personal- und sonstigen Kosten das Betriebsergebnis abstürzen lassen. So sind allein die Personalkosten von 2022 auf 2023 um 7,3 Prozent gestiegen, sodass die Gesamtkosten um 5,1 Prozent nach oben getrieben wurden.

Bitte missverstehen Sie mich nicht: Die Beschäftigten der Apothekenteams leisten hervorragende Arbeit und müssen gemäß ihrer hohen Qualifikation und ihres großen Engagements auch angemessen bezahlt werden. Denken Sie allein an die Lieferengpässe, bei denen wir allein zwischen 2021 und 2023 eine Verdreifachung der Meldungen der Hersteller an das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte sehen können. Die Bewältigung der Lieferprobleme erfordert immensen Personalaufwand: Das sind Anrufe bei Arztpraxen, Telefonate mit Großhändlern, Gespräche mit Patientinnen und Patienten. Mehr als 5 Millionen Stunden an zusätzlicher Arbeit werden durch die Lieferengpässe erzeugt! Diesen notwendigen Personalkosten stehen nur eben keine ausreichenden Einnahmen gegenüber. Schauen Sie sich einfach die Apothekenvergütung im Vergleich an. Seit 2013 ist statistisch gesehen nahezu nichts passiert, während die Krankenkassen-Einnahmen oder der Verbraucherpreisindex nach oben schnellten. Ganz im Gegenteil: Als Dankeschön für unseren Einsatz in der Pandemie und in der Lieferengpass-Krise hat die Ampel unser Honorar zu Beginn der Legislaturperiode sogar gekürzt!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie es um die Fakten bei den Apotheken seit Beginn der Legislaturperiode steht, wissen wir jetzt. Aber was hat die Gesundheitspolitik der Ampel-Koalition seitdem gemacht? Zunächst bleibt festzuhalten: Die Corona-Pandemie mit vielen außergewöhnlichen Maßnahmen ist inzwischen längst beendet und scheint schon vergessen. Aus dem Bundesgesundheitsministerium hören wir seitdem fast jede Woche die Ankündigung neuer Maßnahmen, Projekte und Gesetze, die nicht weniger als einen grundlegenden Systemwechsel bedeuten, aber keineswegs immer in konkrete Gesetze und gar echte Verbesserungen münden. Der Minister hat sich von Kliniken über Cannabis, Pflege und Prävention bis Digitalisierung sehr viel vorgenommen, aber bei weitem noch nicht alles zu Ende gedacht. Auch für die Apotheken und die Arzneimittelversorgung gilt das.

Die seit Jahren anhaltenden und auch anwachsenden Lieferengpässe bei lebenswichtigen Medikamenten sollten durch das Lieferengpassgesetz – kurz „ALBVVG“ – im Jahr 2023

weitgehend beseitigt werden. Die Krankenkassen müssen nun europäische Hersteller stärker bei den Rabattverträgen berücksichtigen, die Hersteller müssen größere Vorräte ihrer Medikamente anlegen, die Apotheken dürfen in einigen wenigen Fällen einen erleichterten Austausch gegen verfügbare Präparate vornehmen und erhalten 50 Cent pro dokumentierten bewältigten Engpass. Aber gibt es deshalb nun weniger Lieferengpässe in den Apotheken? Diese Frage ist mit einem klaren Nein zu beantworten. Denn jeden Tag müssen wir in den Apotheken weiterhin Kunden trösten oder Alternativlösungen suchen. Wir Apothekerinnen und Apotheker sind übrigens nicht alleine mit dieser Sichtweise: Der Pharmaverband Pro Generika hat jüngst seine Mitglieder befragt, ob ein Jahr nach Inkrafttreten des Lieferengpassgesetzes nun neue Produktionsstätten geplant seien. Das Ergebnis: Kein einziges Unternehmen will neue Werke einrichten, in denen Antibiotika oder Krebsmittel hergestellt werden. Kein einziges.

Auch der Blick in die offizielle Lieferengpass-Liste des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte bestätigt diesen Zustand: Dort sind weiterhin etwa 500 rezeptpflichtige Arzneimittel gelistet – in einer bekannten, bunten Mischung von Antibiotika über Insuline und Antidiabetika bis hin zu Schmerz- und Betäubungsmitteln. Und das sind nur die freiwilligen Meldungen der Hersteller! Und nicht rezeptpflichtige Arzneimittel sind gar nicht in der Engpass-Liste enthalten. Der Winter steht vor der Tür – und je nach Ausmaß der Infektionswelle müssen wir befürchten, dass es eher schlechter als besser wird. Das vorläufige Fazit lautet, dass das Lieferengpassgesetz die Arzneimittelversorgung der Bevölkerung nicht verbessert hat.

Das zweite Beispiel für ein apothekenrelevantes Gesetz aus dem Hause Lauterbach ist – das geplante, sogenannte Apothekenreformgesetz. Zum Deutschen Apothekertag 2023 in Düsseldorf kündigte es der Minister zunächst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung an, dann auch persönlich per Livestream. Kurz vor Weihnachten 2023 erhielten wir das angekündigte Eckpunktepapier, und zur Jahresmitte 2024 kam dann ein Referentenentwurf aus dem Ministerium. Das darin enthaltene Konzept von „Apotheken ohne Apotheker“ lehnen wir als ABDA im Namen aller Apothekenteams grundsätzlich und in aller Schärfe ab. Die Argumente sind bekannt: Wenn in Apotheken keine Apothekerinnen und Apotheker mehr arbeiten, kommt es für die Patienten zu deutlichen Leistungskürzungen sowie Sicherheits- und Qualitätseinbußen. Die ununterbrochene Präsenz eines Apothekers oder einer Apothekerin in der Apotheke ist genauso wichtig wie die Anwesenheit eines ausgebildeten Piloten oder einer Pilotin im Cockpit eines Flugzeuges. Zudem dürfen nur approbierte Fachkräfte Leistungen wie beispielsweise die Abgabe von Betäubungsmitteln und selbst hergestellten Arzneimitteln sowie Impfungen oder Medikationsanalysen anbieten.

Was den Honorarteil des Gesetzentwurfes betrifft, gilt zweifellos: Die Apotheken brauchen endlich eine Anpassung ihres Honorars an die Kostenentwicklungen der vergangenen elf Jahre.

Mein Fazit lautet, dass das geplante Apothekenreformgesetz das Potenzial hat, weitere Apotheken zu zerstören und den Apothekerberuf de facto abzuschaffen. Dadurch würde die Versorgung der Menschen in diesem Land massiv gefährdet.

Meine Damen und Herren,

um zu erfahren, ob sich diese Entwicklungen auch in der Versorgungspraxis zeigen, haben wir auch in diesem Jahr wieder die „Basis“ befragt. Wo stehen die Apotheken wirklich? Wie geht es

ihnen? Was erwarten sie? Um genau diese Stimmung unter den Apothekerinnen und Apothekern zu messen, haben wir erneut eine repräsentative Umfrage unter Inhaberinnen und Inhabern von öffentlichen Apotheken in Auftrag gegeben. Dieser Apothekenklima-Index wird von uns seit 2016 erhoben – und hat sich dabei als wichtiges Stimmungsbarometer für die Situation der Apotheken und ihre Erwartungen an die Zukunft erwiesen. Das Marktforschungsinstitut IQVIA hat in unserem Auftrag bundesweit 500 Apothekeninhaberinnen und -inhaber zwischen Anfang August und Mitte September dieses Jahres befragt. Alle Zahlen des Apothekenklima-Index' 2024 finden Sie in der Pressemappe. Auf einige der wichtigsten Ergebnisse möchte ich kurz eingehen.

Die Umfrageergebnisse spiegeln sehr deutlich die eben beschriebene Negativ-Entwicklung des gesamten Apothekenmarktes wider. Die Erwartungen an die Entwicklung der Branche in den nächsten zwei bis drei Jahren sind so negativ wie nie zuvor. Vier von fünf (83,4 Prozent) Befragten gehen von einer schlechter werdenden Entwicklung aus – darunter 60,2 Prozent von einer „deutlich schlechter“ werdenden Entwicklung. Das ist eine Verdreifachung des Wertes von 2021, als die Entwicklung nur 20,4 Prozent der Befragten „deutlich schlechter“ vorhersagten. Bei der Erwartung an die Entwicklung der eigenen Apotheke ist das Gesamtbild zwar etwas besser, hat sich aber auch massiv verschlechtert. Zwei Drittel (63,4 Prozent) der Inhaberinnen und Inhaber gehen von einer schlechten Entwicklung ihrer Apotheke in den nächsten zwei bis drei Jahren aus. Darunter halten ein Drittel (31,2 Prozent) der Befragten die Entwicklung für ihre Apotheke für „deutlich schlechter“ – im Jahr 2021, also zum Start der Ampel-Koalition, waren es nur 10,2 Prozent, die ihre Perspektive so schlecht einschätzten.

Angesichts dieser düsteren Erwartungen für die gesamte Branche und die eigene Apotheke haben wir auch gefragt, ob und welche Investitionen in den nächsten Jahren geplant sind. Das Fazit: Mehr als die Hälfte (58,0 Prozent) planen überhaupt keine Investitionen. Im Wahljahr 2021 waren dies nur 40,4 Prozent der Inhaberinnen und Inhaber – das ist ein massiver Zuwachs bei den „Investitionsverweigerern“! Zu erwarten war, dass neun von zehn selbständigen Kolleginnen und Kollegen vorrangig bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen (93,0 Prozent) und auch Planungssicherheit (88,2 Prozent) einfordern.

Neben der unzureichenden Honorierung gehören seit Jahren auch die Lieferengpässe zu den größten Ärgernissen im Apothekenalltag. Auf die Frage, wie sich der Aufwand beim Management von Lieferengpässen seit Inkrafttreten des Lieferengpassgesetzes entwickelt hat, antwortet die Mehrheit (53,2 Prozent), dass es „signifikant mehr Aufwand“ gibt. Viele Apothekeninhaberinnen und -inhaber (35,6 Prozent) schätzen den dafür erforderlichen zeitlichen Zusatzaufwand auf 20 bis 30 Stunden pro Woche!

Kommen wir nun zum Fachkräftemangel: Besorgniserregend ist, dass mehr als die Hälfte der Befragten (52,6 Prozent) angibt, dass in den nächsten zwei bis drei Jahren keine Einstellungen geplant sind. Im Jahr 2021 war es nur ein Drittel (32,0 Prozent) der Inhaberinnen und Inhaber, die ohne Neueinstellungen auskommen wollten. Aber wer plant schon Einstellungen, wenn er oder sie weiß, dass sich weder Fachkräfte bewerben, noch dass sie ausreichend bezahlbar sind? So sagen drei Viertel meiner Kolleginnen und Kollegen (74,2 Prozent), dass sie mit maximal einem geeigneten Bewerber rechnen, wenn sie eine Stelle als Apotheker besetzen wollen. Bei der Nachbesetzung einer Pharmazeutisch-Technische Assistentin – kurz: PTA – rechnen sieben von zehn (70,4 Prozent) der Befragten ebenfalls mit höchstens einer geeigneten Bewerberin. Bei der

Nachfolgesuche für Apotheken gibt es auch keine Zuversicht zu vermelden: Ein Drittel aller Inhaberinnen und Inhaber (33,8 Prozent) glaubt, keinen einzigen Interessenten oder keine einzige Interessentin im Falle eines Verkaufes zu finden – das ist ein hoher Wert verglichen mit 2021, als nur 15,4 Prozent davon ausgingen, die eigene Apotheke nicht mehr verkaufen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

sowohl die nüchternen Fakten als auch die im Apothekenklima-Index geäußerten Erwartungen der Apothekerinnen und Apotheker sprechen nach drei Jahren Ampel eine deutliche Sprache: Die Versorgung dünnt immer mehr aus und ist durch eine Schließungswelle bei den Apotheken und Lieferengpässen geprägt. Wir, die Apothekerinnen und Apotheker, sind quasi die Seismographen der Arzneimittelversorgung. Sinnvoll wäre, wenn das Bundesgesundheitsministerium einen echten Dialog mit uns aufnimmt, um die Versorgung wieder zu stabilisieren. Letztendlich sehen wir drei zentrale Handlungsbereiche, in denen die Bundesregierung in ihrer verbleibenden Amtszeit unbedingt aktiv werden muss:

Die Apotheken vor Ort brauchen eine finanzielle Stärkung, damit sie die Bevölkerung weiterhin sicher, wohnortnah und kompetent versorgen und ihre Beschäftigten angemessen bezahlen können. Neben der Erhöhung des so genannten Fixhonorars pro rezeptpflichtigem Medikament sind auch Zuschüsse für Leistungen wie Notdienst, Botendienst, Rezepturen oder Betäubungsmittel von Bedeutung. Klar ist, dass die immensen Kostensteigerungen der letzten Jahre in den Apotheken anzuerkennen und auszugleichen sind.

Die Apothekerinnen und Apotheker brauchen mit Blick auf die Engpass-Krise mehr Freiheiten, um ihren Patientinnen und Patienten eine höhere Versorgungsqualität anbieten zu können. Impfungen in den Apotheken und Pharmazeutische Dienstleistungen sollten nur der Einstieg sein in eine zukunftsfähige Apotheke, die gerade in den Bereichen Prävention, Medikationsmanagement und Digitalisierung das Gesundheitssystem aktiv mitgestalten und entlasten kann. Politik sollte die heilberuflichen Kompetenzen der Apothekerinnen und Apotheker sowie deren Menschennähe deutlich stärker in die Versorgung einbinden.

Die Apotheken müssen echte Apotheken bleiben – und dürfen nicht als Scheinapotheken oder Abgabestellen die Verbraucherinnen und Verbraucher täuschen. Die von Minister Lauterbach vorgeschlagenen Apotheken ohne Apothekerin oder Apotheker – nur mit PTA und Videobildschirm – schwächen den Verbraucherschutz, reduzieren Qualität und kürzen Leistungen und sorgen für eine Zwei-Klassen-Pharmazie. Wer Glück hat, erhält die volle Beratung in der Apotheke, wer Pech hat, eben nicht. Laut Apothekenklima-Index birgt für drei Viertel (73,6 Prozent) der Befragten eine Apotheke ohne apothekerliche Präsenz Risiken in puncto Beratungsqualität und Patientenschutz.

Meine Damen und Herren,

ich sage es noch einmal in aller Deutlichkeit: Das sogenannte Apothekenreformgesetz, wie es vom Bundesgesundheitsministerium geplant und ausgearbeitet wurde, ist kein Versorgungsstärkungsgesetz, sondern ein Apothekenzerstörungsgesetz. Weder die Struktur noch die Finanzierung werden gestärkt. Dieses Vorhaben darf so keinesfalls vom Bundestag verabschiedet werden. Die ABDA und die gesamte Apothekerschaft stehen für konstruktive Gespräche über eine Weiterentwicklung des Apothekensystems bei einer gleichzeitigen Stärkung

der Apotheken vor Ort jederzeit bereit. Seit der Formulierung unseres 10-Punkte-Forderungskatalogs Anfang 2023 haben wir unablässig neue Ideen, Konzepte und Gesprächsangebote an das Bundesgesundheitsministerium herangetragen. In den meisten Fällen wurden sie ignoriert. Eines versichere ich: Die Apothekerinnen und Apotheker sind ein selbstbewusster und resilienter Berufsstand, die seit Jahren mit vielen Widrigkeiten kämpfen und dennoch die sichere Versorgung der Patientinnen und Patienten aufrechterhalten – überall in Deutschland! Damit das auch in Zukunft so bleibt und sich die Menschen auf ihre Apotheke vor Ort verlassen können, werden wir mit aller Energie für der Zukunft der Apotheke vor Ort eintreten. Ja, die Apotheken sind in der Krise! Daher ist die Problemanalyse ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl wichtig. Nur mit der Kenntnis, was schiefgelaufen ist, können und werden wir die Zukunft mitgestalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!